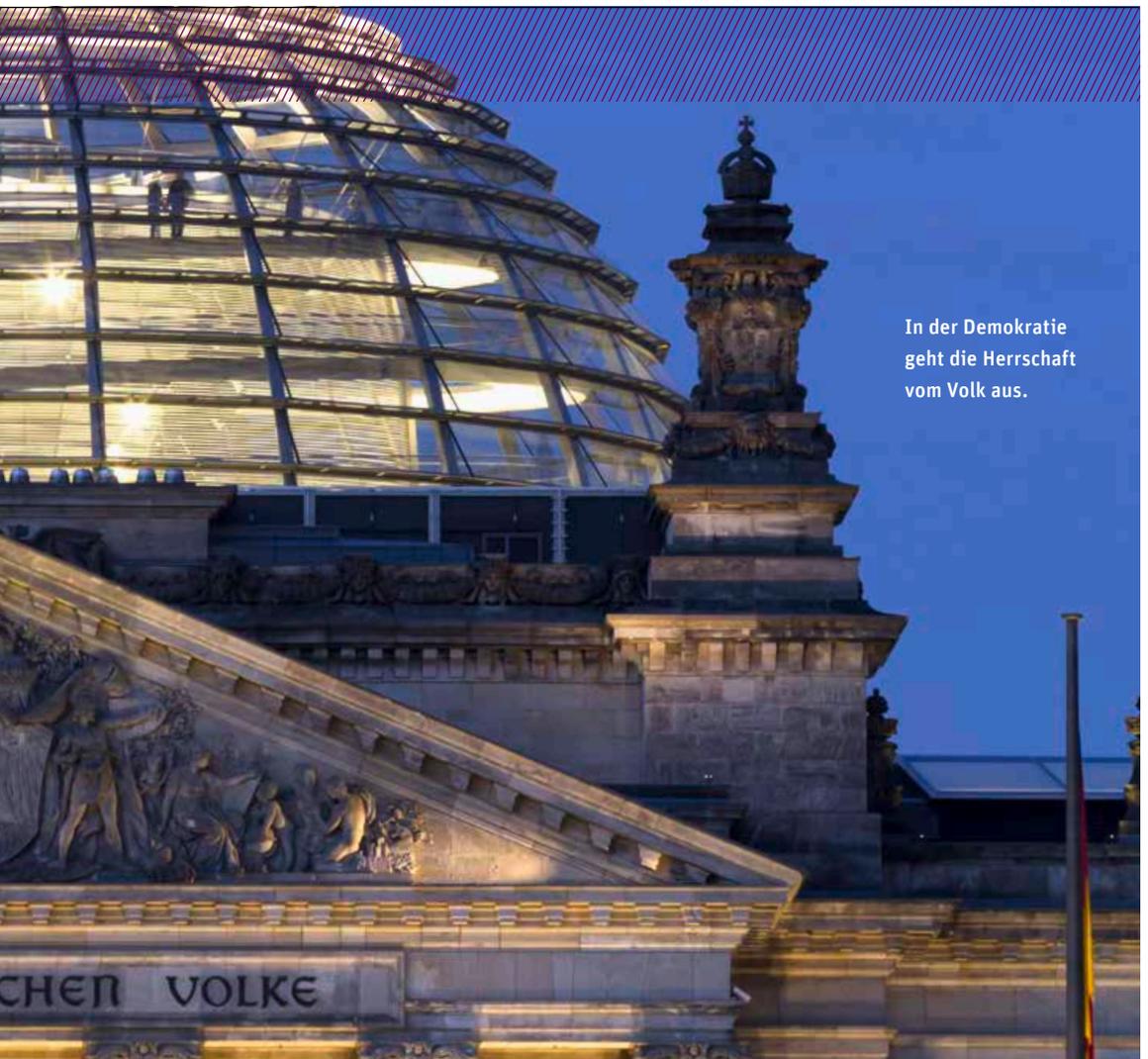




**/// IM ZEITGESPRÄCH:
DR. FRAUKE HÖNTZSCH**
ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin
am Lehrstuhl Politikwissenschaft,
Politische Theorie an der Universität
Augsburg.



In der Demokratie
geht die Herrschaft
vom Volk aus.

/// Wir sind das Volk!

DEMOKRATIE IN GEFAHR?

48,4 % der Weltbevölkerung leben in einer Demokratie. Diese Herrschaftsform hat sich seit der Antike gehalten und erfolgreich bewährt. Globalisierung und andere Herausforderungen wirken sich aber zunehmend destabilisierend aus und stellen somit ernsthafte Gefahren für Demokratien dar. Wir haben dazu die Politikwissenschaftlerin Frauke Höntzsch befragt.

Politische Studien: Frau Dr. Höntzsch, Sie forschen über Demokratie. Kurz gesagt: Was ist eine Demokratie?

Frauke Höntzsch: Demokratie bedeutet zunächst einmal „Herrschaft des Volkes“, das heißt, das Volk wird nicht nur beherrscht, es herrscht zugleich. Das zentrale Prinzip der Demokratie ist folglich die Gleichheit, aus der die Freiheit erwächst, nach dem selbstgegebenen Gesetz zu leben. Während diese Grundprinzipien über die Zeit Bestand hatten, waren die Fragen, wer zum Volk gehört und wie seine Herrschaft als Herrschaft der Gleichen und Freien organisiert wird, historischen Veränderungen unterworfen.

Demokratie ist also eine Herrschaftsform, die allen Bürgern gleiche Mitsprache und dadurch Freiheit garantiert. Inwieweit ist das mit dem individualistischen Liberalismus vereinbar?

Die Verbindung von Liberalismus und Demokratie ist der Versuch, Gleichheit und Freiheit unter den Bedingungen moderner Gesellschaften zu ermöglichen. Individuelle Freiheit wird hier als Voraussetzung gleicher politischer Teilhabe rechtlich garan-

tiert. Umgekehrt soll die demokratische Teilhabe die gleiche individuelle Freiheit schützen. Die Herausforderung liegt in der Balance: Eine einseitig individualistisch verstandene Freiheit stört das fragile Gleichgewicht. Aufgrund der Unterschiede im Gebrauch erzeugt individuelle Freiheit zwangsläufig ökonomische und gesellschaftliche Ungleichheit. Übersetzt sie sich in politische Ungleichheit, gerät auch die Freiheit in Gefahr. Deshalb muss nicht nur das Individuum vor staatlicher und gesellschaftlicher Willkür geschützt werden, sondern auch die demokratische Zusammenarbeit vor individueller Willkür in Gestalt mächtiger Einzelinteressen.

In der Demokratie entscheidet der Wille der Mehrheit. Alexis de Tocqueville bezeichnete dies als Diktatur der Mehrheit. Wird hier also die Minderheit unterdrückt und wie verträgt sich das mit dem demokratischen Gleichheitsprinzip?

Gleichheit befördert die Freiheit des Einzelnen nicht nur, sie kann sie auch gefährden. Das bringt die „Tyrannei der Mehrheit“ zum Ausdruck. Tocqueville denkt dabei zunächst an die gesellschaftliche Dimension, an Kon-



Demokratie bedeutet zunächst einmal ‚Herrschaft des **VOLKES**‘.



Der demokratische Lackmустest liegt in der **AKZEPTANZ** der mangelnden Mehrheitsfähigkeit der eigenen Position.

formismus und Gleichmacherei, die der politischen Unterdrückung den Boden bereiten. Auch das Mehrheitsprinzip als Verfahrensregel kann niemals absolut gelten, weil anderenfalls die Möglichkeit bestünde, dass sich die Demokratie selbst abschafft. Das heißt: Genauso wie die demokratische Entscheidung vor dem Einfluss mächtiger Einzelinteressen geschützt werden muss, so muss umgekehrt die Garantie individueller Freiheitsrechte dem Zugriff der demokratischen Verfügungsgewalt entzogen sein. Die liberale Rahmung der Demokratie ist unverzichtbar.

Umgekehrt können und dürfen aber individualistische Einzelinteressen wie z.B. bei Stuttgart 21, Klimaschützern oder Gegnern von Corona-Maßnahmen nicht über den gesamtstaatlichen stehen und zur individuellen Willkür einzelner Interessensgruppen werden. Wie kann man dem entgegenwirken und doch allen – demokratisch – Mitsprache geben?

Ob es sich nur um Einzelinteressen handelt, das gilt es im demokratischen Willensbildungsprozess herauszufinden. Es ist nicht ungewöhnlich, dass Protest bis hin zu zivilem Ungehorsam von einer Minderheit

ausgeht, die versucht, die Mehrheit von ihrem Anliegen zu überzeugen – das ist Ausdruck gelebter Demokratie. Von Willkür kann man erst sprechen, wenn die Interessen einer Minderheit gewaltsam oder am demokratischen Prozess vorbei durchgesetzt werden sollen. Der demokratische Lackmустest liegt gewissermaßen in der Akzeptanz der mangelnden Mehrheitsfähigkeit der eigenen Position. Die Behauptung vieler Populisten, sie verträten eine „schweigende“ Mehrheit, ist in dieser Hinsicht entlarvend.

Wie steht es mit dem Gemeinwohl und der individuellen Freiheit in einer Volkssouveränität? Wie verträgt sich das mit der politischen Realität?

Theoretisch basiert unser politisches System auf der Annahme, dass der freiheitliche Ausgleich individueller Interessen zum Gemeinwohl führt. In der Praxis aber funktioniert das in den meisten Fällen nicht. Und das ist nicht wirklich überraschend: Weil Freiheit ein Recht ist, das wir uns wechselseitig zugestehen, lässt sie sich nicht durch die rücksichtslose Verfolgung der eigenen Interessen garantieren. Die Garantie gleicher

Freiheit ist die Grundvoraussetzung liberaler Demokratie und liegt als solche in unser aller Interesse. Individuelle Interessen sind so verstanden nicht irrelevant, ihre Berücksichtigung müsste aber im demokratischen Aushandlungsprozess stets unter dem Vorbehalt dieses fundamentalen gemeinschaftlichen Interesses stehen.

In einer Demokratie herrscht ja Meinungsfreiheit. Muss es hier nicht auch Grenzen geben, wenn man z. B. an Phänomene wie „Hate Speech“, „alternative Fakten“ oder den Vorwurf der „Lügenpresse“ denkt?

Diese Phänomene sind durch die bereits existierenden Beschränkungen, etwa im Falle von Beleidigung oder Verleumdung, nur teilweise abgedeckt; zugleich hat sich die Frage durch ihre digitale Verbreitung verschärft. Hassrede stellt einen Angriff auf das Prinzip demokratischer Gleichheit dar, weil sie Mitgliedern einer durch ihre Herkunft bestimmten Gruppe, indem sie sie öffentlich diffamiert, die gleiche Zugehörigkeit zur politischen Gemeinschaft abspricht. Sie gefährdet dadurch die

Grundlage unserer aller Freiheit. Ein Verbot erscheint mir dadurch gerechtfertigt. Die Behauptung „alternativer Fakten“ und der Vorwurf der „Lügenpresse“ setzen den demokratischen Diskurs außer Kraft. Leugnet man die Existenz einer geteilten Wirklichkeit, leugnet man die Grundlage, auf der sich widerstreitende Meinungen überhaupt erst bilden können, und damit zuletzt auch der Demokratie.

Die Stabilität von Demokratien wird zunehmend bedroht. Populismus und Protestbewegungen sind auf dem Vormarsch und werfen die Frage auf, wie weit Protest und Widerstand gehen dürfen und wann es ein Angriff auf und damit eine Gefahr für den Staat ist. Ereignisse wie vor dem Reichstag in Berlin und dem Kapitol in Washington haben das ja ganz drastisch gezeigt.

Es ist wichtig, zwischen demokratischem Protest und Bewegungen, die die Demokratie letztlich infrage stellen, zu unterscheiden. Während neuer transnationale Protestbewegungen Liberalismus und Demokratie mit Blick auf undemokratische globale Entscheidungsprozesse neu ausbalan-

”

Es ist wichtig, zwischen demokratischem Protest und Bewegungen, die die Demokratie letztlich infrage stellen, zu UNTERSCHIEDEN.



Freiheit und Gleichheit sind Forderungen, die an **NATIONAL** staatlichen Grenzen nicht Halt machen.

cieren wollen, fordern Populisten eine „illiberale Demokratie“: keine Ordnung, die gleiche Freiheit gewährleistet, sondern eine, in der eine Elite herrscht, die den wahren Volkswillen zu kennen vorgibt. Davon zeugen auch die eingesetzten Mittel: Protest kann und muss den Bereich des Legalen auch im demokratischen Rechtsstaat bisweilen verlassen, um Veränderungen anzuregen, etwa in Form zivilen Ungehorsams. Gewalt gegen Personen aber missachtet die gleiche Freiheit als Grundvoraussetzung der Demokratie und kann im Rahmen eines intakten demokratischen Rechtsstaats niemals legitim sein.

Ist die Demokratie als Herrschaftsform vielleicht auch in der Krise, weil sie sich selbst überfordert, indem sie nicht mehr halten kann, was sie verspricht?

Auch die liberale Demokratie selbst ist mit sich wandelnden Erfordernissen konfrontiert und muss sich diesen anpassen. Wie das 19. Jahrhundert mit der sozialen Frage konfrontiert war, so sind wir heute mit einer „globalen Frage“ konfrontiert. Die Globalisierung führt stärker denn je vor Augen, dass eine rein individualistisch verstandene Freiheit politi-

sche Ungleichheit befördert – innerhalb einzelner Staaten wie im Verhältnis der Staaten untereinander. Die transnationalen Protestbewegungen reagieren wie die populistischen Bewegungen auf diese Zuspitzung, die einen mit der Forderung nach einer (Re-)Demokratisierung auch der globalen Zusammenarbeit, die anderen mit Abschottung und Nationalismus. Ob Letzteres möglich ist, daran lässt sich nicht erst angesichts der Corona-Pandemie zweifeln.

Hat die Demokratie auch in einer globalen Welt mit all ihren neuen Herausforderungen noch eine Zukunft?

Das hoffe ich! Wir sollten versuchen, die Herausforderungen als Chance zu sehen. Auf globaler Ebene dominieren in noch viel höherem Maße als innerhalb liberaler Demokratien einflussreiche Einzelinteressen politische Entscheidungen – auch hier langfristig zum Schaden aller. Das Überleben nationaler Demokratien wird sich nicht zuletzt daran entscheiden, ob es gelingt, auf globaler Ebene Formen der Zusammenarbeit zu etablieren, die den Werten der liberalen Demokratie gerecht werden. Freiheit und Gleichheit sind Forderungen, die



DEMOKRATIE ist nicht selbstverständlich und muss aktiv gestaltet und erneuert werden.

an nationalstaatlichen Grenzen nicht Halt machen. Die Finanz-Krise, die Klima-Krise, die Corona-Krise – all das führt uns vor Augen, dass die nationalen Demokratien über ihre Grenzen hinaus denken müssen, wollen sie Bestand haben.

Welche Rolle spielt hier das Demokratieverständnis und wie kann man es bewirken und fördern?

Wir müssen uns bewusst sein, dass Demokratie nicht selbstverständlich ist und mehr noch, dass wir sie aktiv gestalten und erneuern können und müssen. Hier spielen auch die Politischen Stiftungen als Orte der Begegnung und des Austausches eine wichtige Rolle: indem sie uns Bürger über zentrale politische Fragen unserer Zeit miteinander ins Gespräch bringen, uns in unseren Vorstellungen herausfordern und dadurch politische Teilhabe, auch in Form demokratischen Widerspruchs, aktiv fördern.

Die Fragen stellte Verena Hausner, Stv. Leiterin des Referats „Publikationen“, Hanns-Seidel-Stiftung, München. ///